

**Statement der Agrarressorts der Länder Baden-Württemberg, Bayern,
Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen
anlässlich des Sondertreffens mit den EU-Kommissaren
für Landwirtschaft und Umwelt am 28. Mai 2020**

Wir, die Ministerinnen und der Minister der unionsgeführten Agrarressorts der Länder begrüßen es, dass sich die EU-Kommissare für Landwirtschaft und Umwelt gemeinsam Zeit für einen Austausch mit Bund und Ländern nehmen.

Der Zeitpunkt ist gut gewählt. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027, die Vorschläge der neuen EU-Kommission zum Green Deal mit dessen Strategien „Farm to Fork“ und Biodiversität sprechen Herausforderungen an, die nur gemeinsam gemeistert werden können.

Die Diskussion zur Reform der GAP war im vollen Gange, als die SARS-CoV-2-Pandemie unerwartet auch über Europa hereinbrach und die laufenden Prozesse fast zu einem Stillstand brachte.

Dies hat uns aufgezeigt, wie konkret und überraschend neue Herausforderungen auftreten können und dass die Krisenfestigkeit ein wesentlicher Grundpfeiler der EU sein muss. Dies trifft für alle Politikbereiche zu, vom gemeinsamen Binnenmarkt, über Gesundheitsvorsorge bis zur Agrar- und Umweltpolitik. Wir begrüßen die schnelle Reaktion auch durch die Kommission in der Krise. Es ist ein großer Erfolg, dass der europäische Agrar- und Lebensmittelsektor die Versorgungssicherheit mit hochwertigen Lebensmitteln für alle Menschen in Europa gewährleistet hat. Dies zeigt: Auch in Zukunft können wir die Herausforderungen in Europa nur gemeinsam bewältigen.

Auch die GAP steht vor großen Aufgaben, die bewältigt werden müssen: der Klimawandel, die Bedrohung der Ernten durch zunehmende Extremunwetterlagen, der Verlust von Lebensräumen und Artenvielfalt, Lebensmittelverschwendung, die Verbesserung des Tierwohls sowie der Strukturwandel gerade in den ländlichen Räumen und bei bäuerlichen landwirtschaftlichen Betrieben.

Vor diesem Hintergrundwissen, müssen die Verhandlungen über die GAP-Reform und deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten wieder aufgenommen und zügig zu einem Abschluss gebracht werden. Dabei ist zu beachten, dass durch den Green Deal auf europäischer Ebene neue Strategien, z. B. „Farm to Fork“ und „Biodiversität“, zur Nachhaltigkeit der Lebensmittelerzeugung formuliert werden. Zu deren Erreichung soll die GAP nach 2020 wesentlich beitragen.

Die Erkenntnisse aktueller Auswirkungen durch die SARS-CoV-2-Pandemie müssen in der GAP nach 2020 mit den Zielen Ernährungssicherung, Markttransparenz und Erhaltung bzw. Aufbau zuverlässiger, regionaler sowie nachhaltiger Lebensmittelversorgungsketten in Einklang gebracht werden.

Dafür fordern wir:

- 1. Ernährungssouveränität durch Erhalt stabiler landwirtschaftlicher Familienbetriebe**

Die GAP muss weiterhin zur Ernährungssouveränität und zur Einkommenssicherung landwirtschaftlicher Familienbetriebe beitragen. Die 1.Säule der GAP muss deshalb auch weiterhin erheblich dazu beitragen und ist auch als Beitrag zur Krisensicherheit zu verstehen.
- 2. Größerer Beitrag der GAP zur Begegnung der Umweltkrisen**

Wir unterstützen das Ziel, dass die GAP einen größeren Beitrag zum Schutz der Umwelt und zum Kampf gegen den Klimawandel leisten soll. Dafür brauchen wir in der „Grünen Architektur“ ein Regelwerk mit verbindlichen europäischen Leitplanken, um Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen Binnenmarkt zu vermeiden.
- 3. Absicherung nachhaltiger Produktionsmethoden**

Der mit dem Green Deal und der Strategie „Farm to Fork“ seitens der EU-Kommission vorgezeichneten Weg, die EU zum globalen Vorreiter für nachhaltige Produktionsweisen und Lebensmittelketten sowie zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, kann nur erfolgreich sein, wenn auch importierte Produkte und Lebensmittel die neuen EU-Standards einhalten und Umwelt- und Sozialdumping vermieden wird. Dies muss auch in künftigen Freihandelsabkommen und WTO-Vereinbarungen konsequent beachtet und durchgesetzt werden zum Schutz des neuen Europäischen Weges. Unfaire Wettbewerbsbedingungen führen zu Verlagerungen von Erzeugung und Verarbeitung, unterhöheln die politischen Ziele und gefährden Versorgungssouveränität, regionale Erzeugung und Krisenfestigkeit.
- 4. Ein starkes Budget für eine zukunftsorientierte und krisensichere GAP**

Das Agrarbudget ist mindestens auf dem gegenwärtigen Niveau im künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen zu erhalten. Nur eine ausreichend finanziell ausgestattete GAP ist in der Lage, sowohl ihre traditionellen Aufgaben zu erfüllen, als sich auch künftigen Herausforderungen zu stellen.
- 5. Dem Höfesterben entgegenzutreten – Jungen Menschen Perspektiven bieten**

In Deutschland sind über 90 % der landwirtschaftlichen Höfe Familienbetriebe und 52 % werden im Nebenerwerb geführt. Diese vielfältige Höfelandschaft wollen wir erhalten. Die Einführung des „echten Betriebsinhabers“ würde gefährden, dass Nebenerwerbsbetriebe in vollem Umfang förderberechtigt bleiben. Die gesellschaftlich gewollten kleineren und mittleren Betriebe sind durch eine hohe Umverteilung auf die ersten Hektare besonders zu stärken. Wir wollen junge Menschen auf verschiedenen Wegen unterstützen Betriebe zu übernehmen oder zu gründen, damit wir auch in Zukunft eine regionale Landwirtschaft und lebendige ländliche Räume haben.

6. Berücksichtigung regionaler Zuständigkeiten

Auch wenn ein Strategieplan auf nationaler Ebene erstellt werden muss, ist es aus der Sicht der Länder unbedingt erforderlich, dass die regionalen Zuständigkeiten in den Mitgliedstaaten auch in den Basisrechtsakten eindeutig berücksichtigt werden. Eine starke 2. Säule ist notwendig, um die notwendige Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe mit regional angepassten Maßnahmen fortzusetzen und die gesellschaftlichen Leistungen (Stärkung des Umwelt- und Ressourcenschutzes, des Naturschutzes, der Biodiversität und des Klimaschutzes) der Landwirtinnen und Landwirte in den Ländern ausreichend zu honorieren.

7. Entbürokratisierung der GAP

Die 1. Säule der GAP ist aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung schlank zu halten. Die finnische Ratspräsidentschaft hat dafür einen Lösungsansatz vorgeschlagen, mit dem ein europaweit einheitlicher Mindestanteil des GAP-Budgets für die Agrarumweltambition der GAP festgelegt wird, bei flexibler Umsetzung der freiwilligen Maßnahmen in der 1. oder der 2. Säule. Dies unterstützen wir ausdrücklich. In der Konditionalität gilt es, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und alle Möglichkeiten einer Vereinfachung auszuschöpfen. So würde die Herausnahme der Regelungen zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren die bürokratische Belastung der tierhaltenden Betriebe und der Verwaltung erheblich reduzieren.

8. Zukunftsfähige klimaresiliente Wälder erhalten, aufbauen und intelligent nutzen

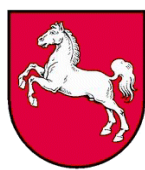
Die Ziele des Green Deals werden nur dann erreicht, wenn der Wald und der Rohstoff Holz zukünftig eine stärkere Rolle spielen. Wir wünschen uns eine europäische Waldstrategie zur nachhaltigen Wald- und Forstwirtschaft. Die Förderung von Holznutzung im Holzbau und die Berücksichtigung des Wertstoffs Holz in Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft bilden dabei die Grundlage.



Michaela Kaniber MdL

Staatsministerin für
Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten

Bayern



Barbara Otte-Kinast

Ministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbrau-
cherschutz

Niedersachsen



Ursula Heinen-Esser

Ministerin für Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und
Verbraucherschutz

Nordrhein-Westfalen



Peter Hauk MdL

Minister für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz

Baden-Württemberg

27. Mai 2020